

Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich .....	737
Bauwirtschaft 1996/1997: Deutlicher Produktionsrückgang — wenig Aussicht auf Nachfragebelebung	744
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 46/96

Berlin

Stöglin

14. November 1996

63. Jahrgang

## Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich

*Die Europäische Währungsunion (EWU) wirft ihre Schatten voraus. Mit dem Herannahen der Entscheidung über den weiteren Fortgang der Währungsunion steht der europäische Integrationsprozeß auf dem Prüfstand. Der Anpassungsdruck, der seit der Festlegung der Beitrittskriterien im Vertrag von Maastricht schon im Vorfeld der dritten Stufe der Währungsunion fühlbar wird, hat die Akzeptanz des Projekts „Währungsunion“ schwinden lassen. Probleme bereitet besonders die Erfüllung der fiskalischen Kriterien. Die damit einhergehende Einengung der finanzpolitischen Spielräume hat dazu geführt, daß die Währungsunion vielfach mehr als Bedrohung denn als ökonomische Chance gesehen wird<sup>1</sup>.*

### Die Beitrittskriterien von Maastricht

Im Vertrag von Maastricht werden Kriterien definiert, deren Einhaltung Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum gemeinsamen Währungsraum ist. Sie betreffen die Entwicklung von Preisen und Wechselkursen, das Zinsniveau, die öffentlichen Finanzierungsdefizite und die Höhe der öffentlichen Schulden. Spätestens Mitte 1998 müssen die Beitrittskandidaten alle Kriterien erfüllen, um sich für die dritte Stufe der EWU zu qualifizieren und damit bei deren eigentlichen Beginn 1999 dabei zu sein.

Von den im Vertrag fixierten Kriterien ist einem „hohen Grad an Preisstabilität“ besondere Bedeutung beizumessen. Die EWU soll insbesondere Preisniveaustabilität im europäischen Raum garantieren. Es wird von den potentiellen Mitgliedsländern verlangt, daß ihre Inflationsraten anhaltend niedrig sind und nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener — höchstens drei — Mitgliedstaaten liegen, die die geringsten Preissteigerungen aufweisen.

Als weiteres Kriterium wird ein stabiler Außenwert der Währung im Rahmen des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems über einen 2-Jahreszeitraum vor dem Zeitpunkt der Prüfung gefordert. Außerdem

dürfen die Kapitalmarktzinsen in einem Beitrittsland im letzten Jahr vor der Prüfung nicht mehr als 2 Prozentpunkte über einem Referenzniveau liegen, das von den Ländern mit den geringsten Inflationsraten vorgegeben wird. Diese drei Kriterien werden im allgemeinen als die monetären Beitrittskriterien bezeichnet.

Zur Beurteilung, ob die Finanzlage der öffentlichen Hand auf Dauer tragbar ist, sind zwei fiskalische Referenzgrößen festgelegt worden. Zum einen soll das laufende Defizit der öffentlichen Haushalte 3 vH des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Gleichzeitig soll der Schuldenstand des Staates nicht über 60 vH des Bruttoinlandsprodukts liegen. Allerdings schreibt der Vertrag von Maastricht bei den öffentlichen Defiziten und beim staatlichen Schuldenstand die genannten Werte nicht verbindlich vor. Kerngedanke ist vielmehr, daß die für das Defizit und den Schuldenstand genannten Werte nicht dauerhaft überschritten werden sollen<sup>2</sup>. Die Grenze von 3 vH gilt für das

<sup>1</sup> Vgl. Beschäftigungsentwicklung im Zuge der Europäischen Währungsunion. Bearb.: Gustav A. Horn und Rudolf Zwiener. Gutachten im Auftrag des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung, September 1996.

<sup>2</sup> Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1996. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/96, S. 310.

geplante oder tatsächliche Defizit. Sind also zumindest die Haushaltsplanungen auf einen niedrigeren Fehlbetrag ausgerichtet, wie es in Deutschland und Frankreich z.B. der Fall ist, kann das Kriterium als erfüllt gelten<sup>3</sup>.

Unter diesen Voraussetzungen sollte dieser fiskalische Referenzwert eigentlich keine unüberwindliche Hürde für den Beginn der Währungsunion 1999 darstellen. In der aktuellen finanzpolitischen Diskussion wird allerdings zumeist darauf beharrt, daß dieser Wert strikt zu erfüllen sei. Bei einer solch restriktiven Interpretation stellt sich angesichts der näher rückenden Entscheidungstermine aber immer dringender die Frage, ob es 1999 überhaupt zu einer Währungsunion kommt, oder ob sie nicht zumindest verschoben werden muß. Unabhängig davon stellt sich die Frage, wie sinnvoll die festgelegten Kriterien und Referenzgrößen sind und ob sie sich nicht sogar widersprechen. Um diese Fragen zu beantworten, ist ein genauerer Blick auf die Veränderungen der europäischen Wirtschaftspolitik und die Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa erforderlich.

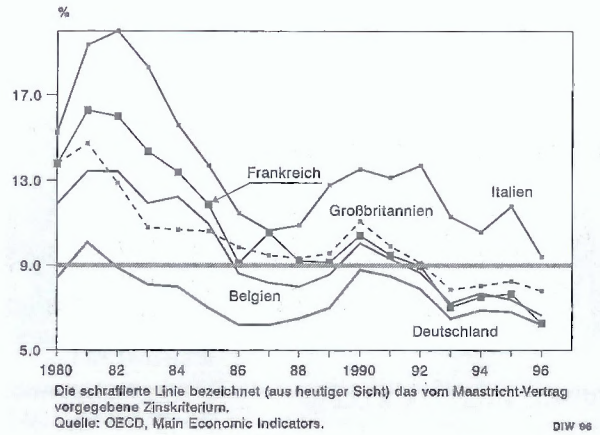
### Monetäre Konvergenz

Der eigentliche Aufbruch zu einer Währungsunion, der vor allem von Deutschland und Frankreich initiiert wurde, begann bereits Ende der siebziger Jahre. Er war von dem Bemühen gekennzeichnet, die seinerzeit bestehenden erheblichen nominalen Divergenzen zwischen den europäischen Volkswirtschaften für verringern, die sich vor allem in markanten Inflationsdifferenzialen, weit auseinanderliegenden Zinsniveaus und zum Teil drastischen Wechselkursanpassungen niederschlugen. In dieser Hinsicht ist — nimmt man die monetären Kriterien des Vertrages von Maastricht als Maßstab — einiges erreicht worden (vgl. Schaubilder 1 und 2).

So haben die Inflationsunterschiede seither deutlich abgenommen, damit verbunden verringerten sich auch die Zinsdifferenziale. Eine große Rolle spielte dabei die Einrich-

Schaubild 2

### Entwicklung der langfristigen Zinsen Öffentliche Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit



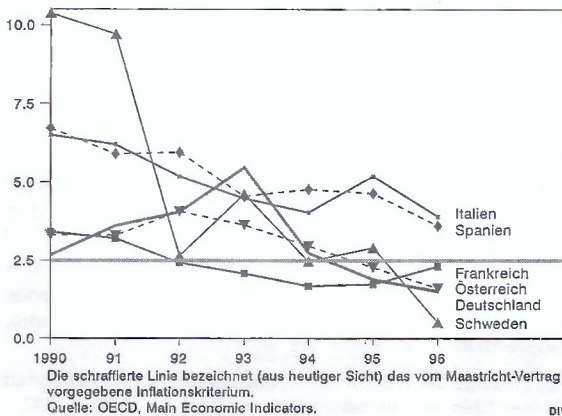
tung des Europäischen Währungssystems (EWS), mit dessen Hilfe die Wechselkurse stabilisiert werden sollten (vgl. Schaubild 3). Zwar gab es sporadisch auftretende Turbulenzen auf den Devisenmärkten. Diese beruhten jedoch weniger auf den tatsächlich noch bestehenden Stabilitätsunterschieden als vielmehr auf Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftspolitik strebte in erster Linie nominale Konvergenz an. Dies implizierte weitreichende Veränderungen für die Rollenzuweisung der Wirtschaftspolitik in den verschiedenen Ländern. Um die monetäre Konvergenz zu erreichen, war die Harmonisierung der europäischen Geldpolitik unumgänglich. Da die Bundesrepublik als das Land mit den niedrigsten Preissteigerungen in den achtziger Jahren gleichsam das Stabilitätsziel vorgab und der D-Mark zudem neben dem Dollar die Rolle einer weltweiten Reservewährung zugefallen war, bedeutete Harmonisierung bei möglichst unveränderten Wechselkursen im wesentlichen Anpassung an die deutsche Geldpolitik; anderenfalls wären die übrigen Länder Gefahr gelaufen, bei unveränderten Wechselkursen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Für jene Länder, die einen hohen Konvergenzbedarf hatten, weil ihre Inflationsraten erheblich über den deutschen lagen, führte diese Politik wegen der damit verbundenen Beschäftigungseinbußen und interner Spannungen immer wieder zu Erwartungen der Märkte, daß die entsprechenden Währungen abgewertet werden müßten. Mit der Strategie der Anpassung antizipierte die europaweit einheitliche Orientierung der Geldpolitik die Verhältnisse in einer Währungsunion. Denn nach Einführung einer einheitlichen europäischen Währung wird es definitionsgemäß nur

Schaubild 1

### Verbraucherpreisentwicklung Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH



<sup>3</sup> Siehe Vertrag von Maastricht (1992), nach Europäische Union: Textsammlung EU-Vertrag, Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Band 1, 1993, Luxemburg, S. 577 ff.

Schaubild 3

**Wechselkursentwicklung**  
Index der jeweiligen Währung zum ECU, 1980 = 100

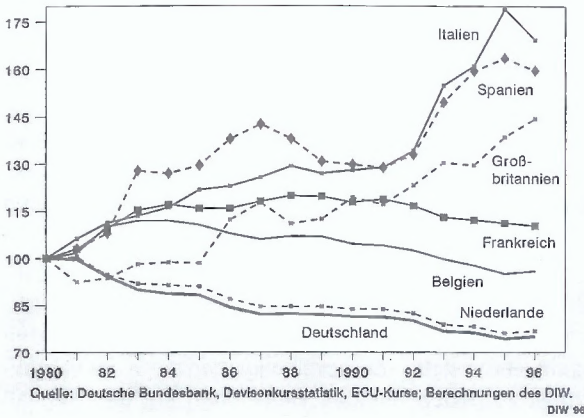
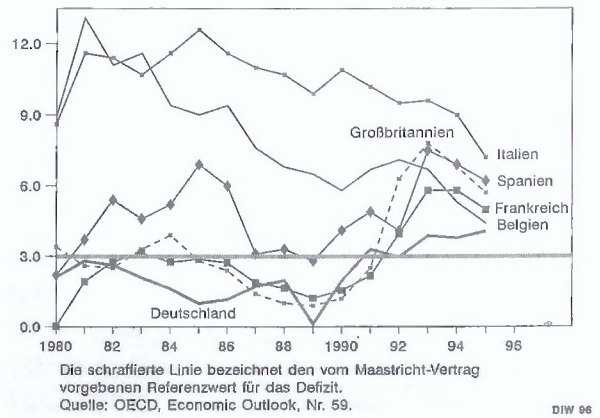


Schaubild 4

**Defizitquote**  
in vH des Bruttoinlandsprodukts



noch eine gemeinsame europäische Geldpolitik geben. Dieser Zustand unterscheidet sich von dem gegenwärtigen lediglich dadurch, daß dann die Rückkehr zu einer unabhängigen Geldpolitik nicht mehr möglich ist.

**Finanzpolitische Konvergenz**

Es ist kein Zufall, daß seit Maastricht die Erfüllung der Referenzwerte für den Haushaltsfehlbetrag und den Schuldenstand und damit die Finanzpolitik zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sind<sup>4</sup>. Die Vorgabe einer bestimmten Defizitrelation zum BIP erzwingt — in gleicher Weise wie die Inflations-, Zins- und Wechselkurskriterien für die Geldpolitik — die Konvergenz der Finanzpolitik und hat damit einen Verlust an Eigenständigkeit zur Folge. Für Länder wie Belgien oder Italien, deren Schuldenstandsquote weit oberhalb der 60 vH-Marke liegt, impliziert eine Rückführung, daß in der laufenden öffentlichen Haushaltsführung über Jahre hinweg Überschüsse erzielt werden müssen. Selbst die im Prinzip leichter zu erfüllende Defizitbedingung wird in rezessiven Phasen in allen Ländern eine Finanzpolitik verlangen, die der ökonomischen Stabilisierung der Wirtschaft zuwiderläuft. Dies ist so, weil im Vertrag von Maastricht nicht explizit zwischen konjunkturellen und strukturellen öffentlichen Defiziten unterschieden wird.

Zwar zeigt sich eine gewisse Konvergenz der Defizitquoten in den wichtigsten Ländern der Europäischen Union, allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als 3 vH. Italien und Belgien gelang es in den letzten 10 Jahren, ihre Defizitquoten zurückzuführen. Gleichzeitig stiegen aber — immer wieder konjunkturbedingt — die Defizitquoten in Frankreich, Großbritannien und Deutschland in den letzten 5 Jahren (vgl. Schaubilder 4 und 5). Dabei spricht einiges dafür, daß gerade die Fixierung der meisten Länder auf die Einhaltung der monetären Kriterien — Preissteigerungsrate, Zinsen und Wechselkurse — das Erfüllen der fiskalischen Referenzwerte erschwert haben dürfte. Um die

monetären Kriterien zu erfüllen, mußte in allen Ländern ein restriktiv wirkender geldpolitischer Kurs gefahren werden. Mit der damit verbundenen Dämpfung der Wirtschaftsaktivität verschlechterte sich bei sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben die Situation der öffentlichen Haushalte. In dieser Hinsicht besteht ein Konflikt zwischen den monetären und fiskalischen Kriterien.

Sollen die Teilnehmerländer an der Währungsunion die Defizitbedingung strikt erfüllen, dann müssen sie in den nächsten zwei Jahren weiterhin einen stark restriktiven finanzpolitischen Kurs einschlagen. Dies könnte die konjunkturelle Erholung in Europa weiter gefährden, ohne daß die Haushaltsprobleme gelöst werden.

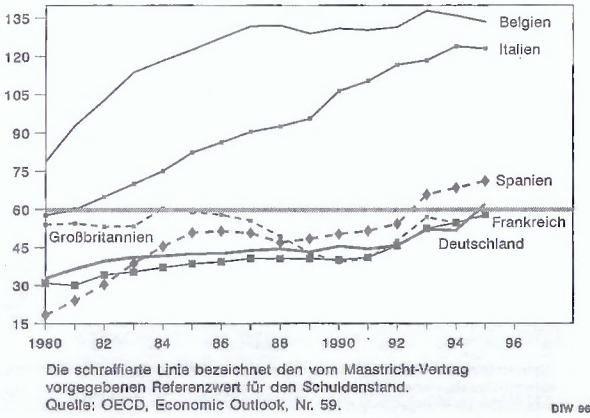
Verzichtet die Finanzpolitik aber auf die Einhaltung der fiskalischen Referenzwerte, gefährdet sie möglicherweise den Einstieg in die Währungsunion. Einen Ausweg aus diesem Dilemma haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik schon im Herbst vergangenen Jahres aufgezeigt. Sie „empfehlen (daher) aus stabilisierungspolitischen Überlegungen nicht, einen über das angestrebte Defizit hinausgehenden, konjunkturell bedingten Defizitanstieg durch forcierte Ausgabensenkungen oder Steuererhöhungen zu verhindern. Daher sollte auch nicht das aktuelle Haushaltsdefizit bei der Entscheidung herangezogen werden, ob Länder in die Währungsunion eintreten können. Vielmehr muß das konjunkturberreinigte, also das strukturelle Defizit berücksichtigt werden“<sup>5</sup>.

<sup>4</sup> Die Ausführungen orientieren sich an der ausführlichen Diskussion der Konvergenzkriterien, insbesondere der finanzpolitischen. Vgl. Die Maastrichter Konvergenzkriterien aus deutscher Sicht. Bearb.: Fritz Franzmeyer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/95; Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien? Bearb.: Marcel Stremme. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/96, S. 93-99.

<sup>5</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/95, S. 742.

Schaubild 5

**Staatsschuldenquote**  
in vH des Bruttoinlandsprodukts



DIW 96

Bundesregierung und Bundesbank beharren immer noch auf einer strikten Interpretation auch der Referenzwerte. Die Wahrscheinlichkeit ist aber groß, daß auch Deutschland diese nicht erreichen wird. Damit wird es für die deutsche Seite immer schwerer, einer weniger strikten Interpretation, die aus ökonomischer Sicht geboten wäre, zuzustimmen. Denn sie gerät nun in Gefahr, unglauwbüdig gegenüber den Partnern zu werden, die einen viel weiteren Weg bis zur Erfüllung der strikt ausgelegten Werte zurückzulegen haben.

**Auswirkungen**  
**eines verschärften Konsolidierungskurses**

Bei einer strikten Interpretation der fiskalischen Referenzwerte müssen Konsolidierungsmaßnahmen durchgeführt werden, die über die bereits beschlossenen und implementierten Ansätze zum Teil weit hinausgehen<sup>6</sup>. Mit Hilfe von ökonomischen Modellsimulationen, die mit einem Mehr-Länder-Modell durchgeführt wurden<sup>7</sup>, werden die Sparmaßnahmen abgebildet, die notwendig sind, damit in allen Ländern der Defizit-Referenzwert in seiner strengsten Interpretation 1997 erfüllt wird<sup>8</sup>. Um die Simulationen einfach zu halten, ist als Sparmaßnahme ausschließlich die Reduzierung des öffentlichen Verbrauchs angenommen worden. Somit werden jene Konsolidierungsbemühungen, die auf eine Verminderung der Sozialtransfers abzielen, zumindest in Deutschland nur unvollkommen erfaßt<sup>9</sup>. Dabei wurde der Staatskonsum so stark reduziert, daß die entsprechenden Länder den Defizit-Referenzwert erfüllen würden. Es ergeben sich zum Teil Sparvorgaben, die weit jenseits aller realisierbaren Möglichkeiten liegen. Aus diesem Grund haben diese Simulationen rein hypothetischen Charakter, doch enthalten sie Aussagen über die Realisierbarkeit einer Währungsunion bei strikter Auslegung der Vorgaben des Vertrages von Maastricht.

Besonders große Probleme im Hinblick auf die Implementierung hinreichender Sparvorgaben bestehen in Italien, Schweden und Spanien. Auch für Deutschland und Österreich ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die Staatsausgaben hinreichend reduziert werden können<sup>10</sup>. Das hohe Ausmaß der erforderlichen Kürzungen ergibt sich aus den Wechselbeziehungen zwischen einer Kürzung des Staatsverbrauchs, der konjunkturellen Entwicklung und den Defiziten der öffentlichen Haushalte. Da ein verschärfter Konsolidierungskurs zu einem niedrigeren BIP führt, müssen die Sparmaßnahmen drastisch ausfallen, damit der negative Wachstumsimpuls überkompensiert wird.

Die Hoffnung, daß es mit der Rückführung öffentlicher Fehlbeträge und damit der öffentlichen Kapitalnachfrage zu erheblichen Zinssenkungen auf den Kapitalmärkten kommt, dürfte sich — berücksichtigt man die in der Vergangenheit zu beobachtenden Reaktionen auf den Kapitalmärkten — kaum erfüllen. Denn der Zusammenhang zwischen einem Defizit der öffentlichen Haushalte und dem Zinsniveau auf den Kapitalmärkten ist nur sehr schwach. Zwar bewirkt die Rückführung eines Haushaltsfehlbetrages auch eine Verminderung der Kapitalnachfrage seitens des Staates. Dies hat — für sich genommen — eine zinsenkende Wirkung. Ein Abnehmen der öffentlichen Nachfrage impliziert aber auch einen dämpfenden Impuls auf Absatz, Produktion und Einkommen. Dadurch kommt es auch zu einer Verminderung des Kapitalangebots, was — für sich genommen — einen zinssteigernden Effekt hat. Die gleichzeitige Verminderung von Kapitalnachfrage und -angebot führt insgesamt zu einer ambivalenten Reaktion der Kapitalmarktzinsen auf eine Konsolidierungspolitik. Hinzu kommt, daß sich die langfristigen Zinsen als Ergebnis von Transaktionen auf einem globalen Kapitalmarkt bilden, auf dem die Entwicklungen in Europa nur ein Faktor unter vielen sind. Zu erwarten ist somit, daß der Rückgang der Kapitalmarktzinsen viel zu schwach ist, um die Investitionsnachfrage privater Investoren so zu stimulieren, daß

<sup>6</sup> Die weitere Analyse vernachlässigt den Referenzwert für den Schuldenstand und unterstellt, daß die Einhaltung des Defizit-Referenzwertes ausreicht.

<sup>7</sup> Hierzu wurde das Oxford Economic Forecasting Modell benutzt. Vgl. auch: Beschäftigungsentwicklung im Zuge der Europäischen Währungsunion, a.a.O.

<sup>8</sup> Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, daß hier im Vergleich zur Prognose der jüngsten „Gemeinschaftsdiagnose“ von einer ungünstigeren konjunkturellen Grundtendenz in den meisten europäischen Ländern ausgegangen wird; eine Ausnahme davon ist Frankreich. Daher mußten für etliche Länder relativ hohe Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten zum Erreichen der Defizit-Referenzwerte unterstellt werden.

<sup>9</sup> Prinzipiell wäre auch die Simulation einer Rückführung der öffentlichen Transfers und der öffentlichen Investitionen möglich. Diese Differenzierung erfordert Aussagen über eine Gewichtung der Ausgabenkürzungen, über die nur unvollständige Informationen vorliegen.

<sup>10</sup> Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996. In: Wochenbericht des DIW Nr. 43-44/96, S. 679 ff.

hierdurch die ausgefallene öffentliche Nachfrage kompensiert werden könnte. Damit gerät die Rechtfertigung der üblicherweise vertretenen Konzeption der Haushaltskonsolidierung ins Wanken.

Um eine Zinssenkung zu erreichen, die die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig stimuliert, ist es vielmehr notwendig, daß die restriktive Finanzpolitik durch die Geldpolitik in Europa flankiert wird. Erforderlich ist, daß die Zentralbanken durch niedrigere Leitzinsen, die über eine Umschichtung des Kapitalangebots auf längerfristige Finanzanlagen den Impuls zu niedrigeren Kapitalmarktzinsen deutlich verstärken und damit die Investitionsnachfrage fühlbar anregen<sup>11</sup>. Nur so kann der Nachfragezug, der durch die Kürzungsmaßnahmen entsteht, gedämpft werden, da sich mit den niedrigeren Zinsen die Investitionsbereitschaft erhöhen dürfte. Eine solche kombinierte Konsolidierungsstrategie ist in der Simulation abgebildet worden.

Trotzdem würden die Kürzungsmaßnahmen eine insgesamt erhebliche Wachstumsdämpfung in ganz Europa hervorrufen (vgl. Tabelle 1). Mit einer Aufwärtsentwicklung wäre erst wieder ab 1998 zu rechnen. Der Einbruch würde auf dem ohnehin belasteten europäischen Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen, denn für die Phase verschärfter Konsolidierung wäre ein Anstieg der Arbeitslosenquote von 11,5 (1996) auf 13,2 vH (1998) zu erwarten.

Für Länder, die wie Großbritannien nicht an der Währungsunion teilnehmen und daher keinen restriktiven finanzpolitischen Kurs einschlagen müssen, ist mit einer leichten Wachstumseinbuße zu rechnen. Zwar nehmen dort die Exporte aufgrund der schwächeren Entwicklung im übrigen Europa nicht mehr so stark zu, gleichzeitig wer-

den aber die Investitionen durch das europaweit niedrigere Zinsniveau angeregt.

In Belgien und den Niederlanden, wo die Konsolidierungserfordernisse im Hinblick auf die Defizite relativ gering sind, würde sich die schwache Aufwärtsentwicklung leicht verringert fortsetzen. Zwar wäre im Vergleich zur Referenzentwicklung ohne verschärfte Konsolidierung fast eine Halbierung der Ausfuhrzunahme zu erwarten, da die Binnennachfrage in vielen Ländern aufgrund der Sparmaßnahmen drastisch zurückgeht. Aber die Zinssenkungen ließen die Investitionen trotz der Absatzschwierigkeiten im Ausland im Vergleich zum Referenzpfad in nahezu unverändertem Tempo expandieren. Auch hier wird noch einmal die Bedeutung einer angemessenen Kombination von Geld- und Fiskalpolitik deutlich.

Ohne die Zinssenkungen würde Frankreich das Defizit-Kriterium aufgrund des schwächeren Wachstums nicht erfüllen und müßte seine Sparbemühungen nochmals verstärken. Das schwache Wachstum hätte die Konsequenz, daß sich die ohnehin unbefriedigende Lage auf dem französischen Arbeitsmarkt nicht bessert. Die französische Arbeitslosenquote würde bei etwa 12 vH verharren.

Einschneidendere Konsequenzen wären für jene Länder zu erwarten, in denen der Konsolidierungsbedarf größer ist. In Italien wäre — wollte man das Defizit-Kriterium erfüllen — 1997 eine tiefe Rezession mit einer Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts unvermeidlich. In Deutschland und Österreich wären erhebliche Produktionseinbußen zu verzeichnen. In Spanien und Schweden ließe sich allenfalls ein schwaches Wachstum realisieren.

Damit ist klar, daß in allen diesen Ländern die Beschäftigungsprobleme als Folge einer verschärften Konsolidierung erheblich zunehmen würden. In Deutschland ginge die Beschäftigung 1997 um gut 1 vH und 1998 wegen der verzögerten Anpassung der Beschäftigungsentwicklung an die Produktion um mehr als 2 vH zurück, und die Arbeitslosenquote würde auf über 13 vH steigen. In Italien würde sie sogar 16 vH überschreiten.

Aus diesem Befund ergibt sich, daß eine Strategie der verschärften Haushaltskonsolidierung selbst unter relativ günstigen geldpolitischen Rahmenbedingungen gravierende ökonomische und soziale Schäden hervorrufen würde. Mithin ist ein solcher Weg zur Währungsunion nicht gangbar. Zwei Auswege aus diesem Dilemma bieten sich an. Zum einen könnte man die Währungsunion zunächst auf jene Länder beschränken, für die die Einhaltung des Defizit-Kriteriums ohne eine zu große Beeinträchtigung der Wirtschaft erreichbar ist. Die zweite Möglichkeit besteht in einer moderateren Interpretation des Defizit-Kriteriums, wie sie im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vorgeschlagen wurde. Ein solches Vorgehen ließe Raum für eine realistischere Konsolidierungsstrategie.

Tabelle 1

**Szenario Verschärfte Konsolidierung**  
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)  
in vH gegenüber dem Vorjahr

	1996	1997	1998
USA	2,2	2,2	1,6
Japan	2,1	2,0	2,6
Europa			
EU 15	1,4	0,2	1,7
Vereinigtes Königreich	2,1	2,0	0,6
Deutschland	0,6	-0,2	1,8
Frankreich	1,6	1,6	2,6
Italien	1,8	-3,6	1,1
Spanien	2,4	1,2	2,8
Niederlande	1,7	2,0	2,1
Belgien	1,2	1,6	1,6
Schweden	1,7	0,9	0,9
Österreich	0,8	0,0	2,3
G7-Länder	1,8	1,4	1,7

Quelle: Modellrechnungen des DIW.

<sup>11</sup> Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25-26/96, S. 407-429.

### Eine Währungsunion von Kernländern

Für die Analyse einer Währungsunion von Kernländern ist unterstellt, daß sich Italien, Spanien und Schweden — die Länder, die die größten Schwierigkeiten bei der Rückführung der Defizite aufweisen — zunächst nicht an einer Währungsunion beteiligen und deshalb keine verstärkten Konsolidierungsbemühungen unternehmen.

Streng genommen dürften sich auch Deutschland und Österreich, für die ähnliche Probleme wie für Spanien bei der Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen bestehen, nicht an einer Währungsunion beteiligen. Der Einstieg in die Währungsunion mit Frankreich als dem einzigen großen Land ist indessen politisch nicht realisierbar und verfehlt auch das eigentliche Ziel der Stärkung des währungspolitischen Zusammenhalts in Europa. Realistisch erscheint die Währungsunion mit Kernländern nur unter deutscher Beteiligung. Diese Überlegung wurde hier zugrundegelegt und Deutschland und — da der Schilling-Kurs zur D-Mark ohnehin schon seit langem unverändert gehalten wird — Österreich in der Simulation gleichfalls als Mitglieder eines gemeinsamen Währungsraumes behandelt.

Unter diesen Voraussetzungen könnte der drastische Einbruch, der durch die verschärften Konsolidierungsmaßnahmen hervorgerufen würde, teilweise vermieden werden. Im Jahr 1997 würde sich in Europa mit einem Wachstum von knapp 1,5 vH die schwache Expansion von 1996 fortsetzen (vgl. Tabelle 2)<sup>12</sup>. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt käme es zwar nicht zu einer ausgeprägten Verschärfung, aber immerhin wäre eine um etwa einen Prozentpunkt höhere Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Vorfeld der Währungsunion ergibt sich gegenüber

dem vorherigen Szenario für jene Länder, die bei einer Beschränkung der Währungsunion nicht mehr den überaus harten Sparzwängen unterliegen. Insbesondere Italien könnte statt eines drastischen Produktionseinbruchs 1997 ein Wachstum von etwa 1 1/2 vH erzielen. Aber auch in Spanien und Schweden würde sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität erheblich stärker ausweiten als bei einem sofortigen Beitritt zur Währungsunion unter strikter Einhaltung des Defizit-Kriteriums. Für die beitretenden Länder zeigt sich eine gegenüber dem verschärften Konsolidierungskurs nur leicht verbesserte Entwicklung, die durch die besseren Exportchancen in die nicht zum Kern gehörenden Länder zu erklären ist.

Auf den ersten Blick scheint somit eine Währungsunion in mehreren Stufen beträchtliche Vorteile zu bieten. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß der Defizit-Abbau in jenen Ländern, die sich nicht mehr auf die Einhaltung der Kriterien bis 1998 verpflichtet sehen, langsamer oder überhaupt nicht vorankommt. Damit bliebe die Finanzpolitik in diesen Ländern in der weiteren Zukunft zum Teil deutlich höheren Belastungen durch den Schuldendienst ausgesetzt als bei einer rascheren Erfüllung der Defizit-Vorgabe. Hinzu käme, daß sich diese Länder der Vorteile einer Währungsunion vorerst begeben.

### Eine realistische Konsolidierungsstrategie

Der zweite Ausweg aus dem wirtschaftspolitischen Dilemma öffnet sich, wenn die Beitrittskriterien weniger strikt interpretiert würden und damit der konjunkturellen Entwicklung mehr Rechnung getragen wäre. Im Vergleich zur verschärften Konsolidierung könnte dann ein für die meisten Länder wesentlich moderaterer Sparkurs verfolgt werden. Dieser Kurs ist hier in einer weiteren Simulation dadurch definiert, daß — ähnlich wie in den USA zu Beginn der neunziger Jahre — der öffentliche Verbrauch über mehrere Jahre hinweg real unverändert bleibt. In Kombination mit einer auf Expansion gerichteten Geldpolitik hat dies in den USA zu einem markanten Konjunkturaufschwung und in dessen Gefolge zu einem nachhaltigen Abbau des Haushaltsdefizits geführt.

Unter diesen Rahmenbedingungen ließe sich der Wachstumseinbruch der europäischen Volkswirtschaften, der mit einer verschärften Konsolidierung einhergehen würde, vermeiden. Statt Stagnation wären 1997 etwa 2 vH Wachstum in Europa möglich (vgl. Tabelle 3). Dieser Wert liegt um einen halben Prozentpunkt über dem des vorherigen Szenarios, denn bei dem gemäßigten Sparkurs fällt der Nachfrageentzug erheblich geringer aus als in den vorangegangenen Simulationen. Damit wäre bei einem moderaten Sparkurs in Verbindung mit einer expansiv ausgerich-

Tabelle 2

Szenario Währungsunion von Kernländern  
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)  
in vH gegenüber dem Vorjahr

	1996	1997	1998
USA	2,2	2,3	1,6
Japan	2,1	2,0	2,6
Europa			
EU 15	1,4	1,3	2,0
Vereinigtes Königreich	2,1	2,2	0,8
Deutschland	0,6	0,0	1,9
Frankreich	1,6	1,9	2,7
Italien	1,8	1,5	1,9
Spanien	2,4	2,5	2,6
Niederlande	1,7	2,2	2,2
Belgien	1,2	1,8	1,8
Schweden	1,7	2,2	2,4
Österreich	0,8	0,3	2,3
G7-Länder	1,8	1,8	1,8

Quelle: Modellrechnungen des DIW.

<sup>12</sup> Dieser Wert liegt fast einen Prozentpunkt unter der Vorhersage der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 1996. Zum einen ist hier eine deutlich restriktivere Finanzpolitik unterstellt. Darüber hinaus geht die Simulation von einer schwächeren konjunkturellen Grundtendenz aus.

Tabelle 3

Szenario Realistisches Konsolidierungsprogramm  
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)  
in vH gegenüber dem Vorjahr

	1996	1997	1998
USA	2,2	2,3	1,6
Japan	2,1	2,0	2,6
Europa			
EU 15	1,4	2,1	2,2
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	1,0
Deutschland	0,6	2,1	2,3
Frankreich	1,6	1,8	2,6
Italien	1,8	1,9	2,4
Spanien	2,4	2,6	2,8
Niederlande	1,7	2,4	2,3
Belgien	1,2	2,2	2,1
Schweden	1,7	2,6	2,5
Österreich	0,8	1,6	2,7
G7-Länder	1,8	2,1	1,9

Quelle: Modellrechnungen des DIW.

teten Geldpolitik zumindest keine Verschärfung der Beschäftigungsprobleme auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu erwarten; die Arbeitslosenquote bliebe europaweit trotz Haushaltskonsolidierung nahezu unverändert. Das bedeutete, daß die ansonsten im Vorfeld der Währungsunion zu erwartende Dämpfung der Wirtschaftsaktivität nicht eintritt.

Insbesondere für jene Länder, deren Konsolidierungsbedarf im Lichte des Maastricht-Vertrages besonders hoch ausfällt, bedeutet ein moderaterer Konsolidierungskurs eine wesentliche Erleichterung. So würde in Italien statt einer Rezession mit einer Kontraktion des Bruttoinlandsprodukts um fast 4 vH immerhin ein Wachstum von fast 2 vH erzielt. Auch in Deutschland, Österreich, Spanien und Schweden würde sich eine erheblich günstigere Entwicklung einstellen, die zwar die bestehenden Arbeitsmarktprobleme nicht beseitigen, aber auch nicht weiter verschärfen würde.

Mit dem moderateren Sparkurs könnten zwar die Defizit-Referenzwerte nicht von allen Ländern, die an der europäischen Währungsunion teilnehmen wollen, eingehalten werden. Gleichwohl führten die günstigere Wachstumsentwicklung und die damit verbundenen höheren Steuereinnahmen auch zu einem Abbau der Fehlbeträge. In Deutschland würde demnach das Defizit 1997 4 vH des BIP zwar überschreiten<sup>13</sup>, aber danach jedes Jahr um etwa einen halben Prozentpunkt zurückgehen. Auch in Italien würde die Defizitquote von gut 6 vH (1996) auf 5½ vH (1998) zurückgehen. In Schweden könnte das Defizit sogar noch stärker zurückgeführt werden; es würde von fast 6 vH (1996) auf nur noch 3½ vH (1998) sinken. Diese Pfade sind also durchaus mit der oben skizzierten Position vereinbar, daß auch eine Interpretation der Kriterien des Maastricht-Vertrages, die konjunkturelle Gegebenheiten berücksichtigt, zum Ziel eines Defizitabbaus führen kann.

## Schlußfolgerungen

Die Diskussion im Vorfeld der europäischen Währungsunion spiegelt eine weitverbreitete Ambivalenz gegenüber diesem Vorhaben wider. Auf der einen Seite besteht der Wunsch nach einem voll integrierten europäischen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung. Auf diese Weise sollen Barrieren für den innereuropäischen Austausch von Gütern fallen, die nicht zuletzt auch durch starke Wechselkursschwankungen bedingt sein können. Effizienzgewinne und kräftige Wachstumsimpulse wären der Lohn einer erfolgreichen Währungsunion. Auf der anderen Seite bestehen Befürchtungen, einer solchen Währungsgemeinschaft könne es an monetärer und fiskalischer Stabilität fehlen, weil keines der einzelnen Mitglieds-länder die Verantwortung für eine europäische gesamtwirtschaftliche Stabilität tragen würde. Das ist denn auch der Grund dafür, daß sich die potentiellen Mitglieder Kriterien für den Beitritt auferlegt haben, die im Vertrag von Maastricht festgelegt sind. Dies setzt die einzelnen Länder bereits im Vorfeld einer Währungsunion unter erheblichen Anpassungsdruck — und es ist dieser Anpassungsdruck, von dem auch eine Gefährdung des gesamten Vorhabens ausgeht.

Die Berechnungen des DIW zeigen, daß die meisten Länder mittlerweile keine großen Schwierigkeiten mehr haben dürften, die monetären Beitrittskriterien zu erfüllen. In dieser Hinsicht wurden in Europa seit den achtziger Jahren beträchtliche Erfolge erzielt. Hingegen bedeutet die Erfüllung der fiskalischen Kriterien eine — wie die Berechnungen zeigen — für manche Länder innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens unüberwindliche Hürde. Hinzu kommt, daß bei einem europaweiten harten Konsolidierungskurs erhebliche Wachstumseinbußen zu befürchten sind, die die ohnehin unbefriedigende Arbeitsmarktlage in den Ländern weiter verschärfen dürften. Wahrscheinlich würde ein solches Vorgehen das gesamte Vorhaben einer Währungsunion gefährden. Besser wäre es, eine weniger strikte und die konjunkturelle Lage berücksichtigende Interpretation der fiskalischen Kriterien anzuwenden, somit einen moderateren fiskalischen Sparkurs einzuschlagen. Von wesentlicher Bedeutung ist, daß ein solcher Kurs von einer Geldpolitik flankiert wird, die mittels niedriger Zinsen die Investitionstätigkeit stimuliert. Nur mit einer solchen kombinierten Strategie kann der Nachfrageentzug, der durch die — insgesamt notwendige — Konsolidierung der öffentlichen Haushalte entsteht, kompensiert werden, und nur dann werden sich die öffentlichen Haushaltsfehlbeträge langsam zurückbilden, ohne daß die gesamtwirtschaftliche Stabilität gefährdet wäre.

<sup>13</sup> Dieser Wert liegt um etwa einen halben Prozentpunkt über dem zuletzt von der Gemeinschaftsdiagnose prognostizierten Wert, bei dem die Auswirkungen des jüngsten Sparpakets berücksichtigt sind.

## Bauwirtschaft 1996/1997: Deutlicher Produktionsrückgang — wenig Aussicht auf Nachfragebelebung

*Das reale Bauvolumen in Deutschland war in den ersten drei Quartalen 1996 um 5,5 vH niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Mit ausschlaggebend war der erhebliche witterungsbedingte Einbruch im ersten Quartal — allerdings zeigt der Verlauf in den Folgemonaten, daß der Nachholeffekt eher gering war. Für das gesamte Jahr wird ein Minus von 4 vH erwartet (Westdeutschland -4,1 vH, Ostdeutschland -3,4 vH). Der wesentliche Grund für die anhaltende Abschwächung liegt auf der Nachfrageseite. Derzeit steht die Baunachfrage in allen Bereichen — Wohnungsbau, Wirtschaftsbau, öffentlicher Bau — trotz partieller Belebungsstendenzen unter ungünstigen Vorzeichen. So muß auch im kommenden Jahr nochmals mit einer Schrumpfung der Bauproduktion insgesamt gerechnet werden; während sie in Westdeutschland stagnieren dürfte, ist in Ostdeutschland ein deutlicher Rückgang zu erwarten (-4 vH).*

### Unsichere Datenlage durch statistische Umstellung

Die amtlichen Baugewerbestatistiken wurden erst in diesem Jahr auf eine für Europa einheitliche Abgrenzung der Wirtschaftszweige umgestellt. Infolge der damit verbundenen Probleme bei den Statistischen Ämtern ist die Datenlage derzeit äußerst lückenhaft.

Im Baugewerbe wird sich die Umgruppierung dahingehend auswirken, daß das bisherige Bauhauptgewerbe verkleinert wird um den Fertigteilbau sowie um einige Sparten, die künftig dem Ausbaubereich zugeordnet sind. Dementsprechend wird der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes zum Bauvolumen (Stahl- und Leichtmetallbau, Fertigteilbauten aus Holz und Beton sowie technische Gebäudeausstattung) künftig höher ausfallen, ebenso der des neu abgegrenzten Ausbaugewerbes (wobei Gerüstbau, Fassadenreinigung, Stukkateurgewerbe und Dämmtechnik einbezogen sind). Für 1996 ist bisher nur der neu abgegrenzte Bereich „vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ (ehem. Bauhauptgewerbe) statistisch dokumentiert, während die Informationen für die Bereiche Ausbau und die baurelevanten Sparten des verarbeitenden Gewerbes äußerst spärlich sind. Sie bieten lediglich Anhaltspunkte für eine weitgehende Schätzung, die sich an den bisherigen Trends der Produktionsbeiträge aus diesen Bereichen in Relation zum Bauhauptgewerbe orientieren muß. Selbst für das Bauhauptgewerbe bzw. den Hoch- und Tiefbau sind die bisher verfügbaren Daten für die Monate Januar bis August noch unvollständig, weil Angaben für einige Bundesländer fehlen.

Im Rahmen der DIW-Bauvolumensrechnung dürfte sich die Umstellung der Basis-Statistiken — wenn sie denn vollständig ist — nur in den Relationen auf der Produzenten- seite auswirken, während die Größenordnung insgesamt und die Ergebnisse auf der Verwendungsseite (Nachfragebereiche) kaum tangiert wären. Der Übergang zur neuen Darstellung war wegen der zur Zeit noch bestehenden großen Lücken im statistischen Nachweis noch nicht möglich.

Vorerst kann für 1996 nur eine Schätzung nach der alten Abgrenzung vorgenommen werden.

### Nachfrage und Bauleistung in den einzelnen Bereichen

#### Wohnungsbau

In *Westdeutschland* fiel die Entwicklung der Bauproduktion in diesem Bereich vergleichsweise günstig aus, obwohl die Nachfrage — gemessen an den Baugenehmigungen — seit Ende 1994 steil abwärts tendierte. Gestützt wurde die Bautätigkeit aus dem hohen Bauüberhang und einem leichten Anstieg der Genehmigungen von Eigenheimen. Im Bereich der Mehrfamilienhäuser war die Nachfrage indes weiter rückläufig, obwohl von der Kostenseite her, bei niedrigen Zinsen und zuletzt stagnierenden Baupreisen, günstige Voraussetzungen für neue Investitionen gegeben waren. Für die Zurückhaltung der Investoren waren offenbar die ungünstigen Bedingungen bei der Vermietung ausschlaggebend: Die Mietpreise stehen unter Druck, weil Angebotsüberhänge bei teureren freifinanzierten Wohnungen — mancherorts sogar bei öffentlich geförderten Wohnungen für gehobene Einkommensschichten — bestehen. Dennoch ist zu erwarten, daß bald eine Verstetigung der Baunachfrage im Geschosßwohnungsbau auf dem erreichten niedrigeren Niveau (von etwa 50 000 Wohnungen je Quartal, das heißt 200 000 im Jahresdurchschnitt) eintreten wird. Für 1997 ist sogar ein leichter Anstieg möglich. Die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser tendieren bereits seit Ende 1995 wieder aufwärts. Dies ist eine Reaktion einerseits auf die günstige Kostensituation, andererseits auf die neue Wohneigentumsförderung, die für viele Bauherren eine Verbesserung bedeutet — in jedem Fall aber fester kalkulierbar ist als die bisherige Förderung, die vom Grenzsteuersatz abhing.

Ist das diesjährige Bauvolumen alles in allem von dem Nachfragerückgang des Vorjahres geprägt, kann für das kommende Jahr mit einem leichten Zuwachs gerechnet werden: Zwar ist unsicher, ob sich die — per saldo noch

Tabelle 1

Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen und Produzentengruppen  
Alte Bundesländer

Jahr	Nach Baubereichen								Nach Produzentengruppen			
	Wohnungs- bau	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bauvo- lumen insges.	Bau- haupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Sonstige Bereiche
		Ins- gesamt	Hoch- bau	Tief- bau	Ins- gesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau				
von westdeutschen Betrieben erbrachte Leistung in Mill. DM zu jeweiligen Preisen												
1991	176 090	105 450	80 720	24 730	77 370	28 860	19 320	29 190	358 910	153 550	108 000	97 360
1992	200 360	116 620	88 500	28 120	84 710	31 040	21 310	32 360	401 690	172 500	119 760	109 430
1993	218 970	115 510	87 880	27 630	83 580	31 140	20 510	31 930	418 060	176 190	126 110	115 760
1994	244 110	115 960	87 940	28 020	82 560	30 230	20 660	31 670	442 630	186 680	132 590	123 360
1995	247 520	116 560	88 400	28 160	79 790	30 260	19 330	30 200	443 870	182 560	136 250	125 060
Bauvolumen in den alten Bundesländern*) in Mill. DM zu jeweiligen Preisen												
1991	174 320	102 990	79 130	23 860	74 900	28 180	18 490	28 230	352 210	149 650	106 400	96 160
1992	197 470	112 180	85 550	26 630	80 400	29 830	19 990	30 580	390 050	165 300	117 360	107 390
1993	215 670	110 300	84 440	25 860	78 600	29 790	19 020	29 790	404 570	167 290	123 960	113 320
1994	240 130	110 190	84 030	26 160	77 580	28 800	19 260	29 520	427 900	176 680	130 470	120 750
1995	243 630	111 250	84 680	26 570	75 740	28 950	18 240	28 550	430 620	173 720	134 210	122 690
Preisentwicklung (1991 = 100)												
1991	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	105,6	105,1	105,1	105,1	105,1	105,2	104,8	105,0	105,4	105,0	106,1	105,1
1993	110,4	108,4	108,5	108,1	108,6	109,5	107,4	108,3	109,5	108,4	111,5	108,9
1994	112,8	110,3	110,5	109,5	109,8	111,7	107,7	109,5	111,6	110,0	114,4	111,0
1995	115,5	112,6	113,0	111,3	111,5	114,2	108,8	110,7	114,0	111,8	117,7	113,4
in Mill. DM zu Preisen von 1991												
1991	174 320	102 990	79 130	23 860	74 900	28 180	18 490	28 230	352 210	149 650	106 400	96 160
1992	186 994	106 698	81 371	25 327	76 534	28 345	19 074	29 116	370 225	157 420	110 596	102 209
1993	195 389	101 736	77 806	23 930	72 401	27 197	17 706	27 498	369 526	154 263	111 184	104 079
1994	212 924	99 907	76 026	23 881	70 630	25 792	17 880	26 958	383 461	160 655	114 002	108 804
1995	210 848	98 835	74 963	23 872	67 901	25 356	16 757	25 788	377 584	155 329	114 027	108 229
Vierteljahresdaten zu Preisen von 1991												
'95 I	46 341	21 344	16 400	4 945	13 564	5 609	2 873	5 082	81 249	32 983	25 065	23 201
'95 II	56 863	25 566	19 603	5 963	17 998	6 406	4 704	6 888	100 427	42 194	29 875	28 358
'95 III	57 000	26 746	20 125	6 621	18 745	6 723	4 932	7 089	102 491	41 875	31 380	29 236
'95 IV	50 645	25 178	18 835	6 343	17 595	6 618	4 248	6 729	93 418	38 278	27 706	27 434
'96 I	41 789	18 584	14 483	4 101	11 157	4 976	2 074	4 107	71 530	24 634	24 953	21 943
'96 II	55 337	24 528	18 666	5 863	17 135	6 010	4 525	6 600	9 7001	38 756	30 170	28 075
'96 III	55 902	25 908	19 381	6 527	17 848	6 345	4 680	6 823	99 658	39 240	31 458	28 960
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH												
1992	7,3	3,6	2,8	6,1	2,2	0,6	3,2	3,1	5,1	5,2	3,9	6,3
1993	4,5	-4,7	-4,4	-5,5	-5,4	-4,0	-7,2	-5,6	-0,2	-2,0	0,5	1,8
1994	9,0	-1,8	-2,3	-0,2	-2,4	-5,2	1,0	-2,0	3,8	4,1	2,5	4,5
1995	-1,0	-1,1	-1,4	-0,0	-3,9	-1,7	-6,3	-4,3	-1,5	-3,3	0,0	-0,5
'96 I	-9,8	-12,9	-11,7	-17,1	-17,7	-11,3	-27,8	-19,2	-12,0	-25,3	-0,4	-5,4
'96 II	-2,7	-4,1	-4,8	-1,7	-4,8	-6,2	-3,8	-4,2	-3,4	-8,1	1,0	-1,0
'96 III	-1,9	-3,1	-3,7	-1,4	-4,8	-5,6	-5,1	-3,8	-2,8	-6,3	0,2	-0,9
'96 1. Hj.	-5,9	-8,1	-7,9	-8,7	-10,4	-8,6	-12,9	-10,5	-7,2	-15,7	0,3	-3,0

\*) Leistung der Bauwirtschaft bereinigt um den Transfersaldo (nach Lage der Baustellen) zwischen alten und neuen Bundesländern.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

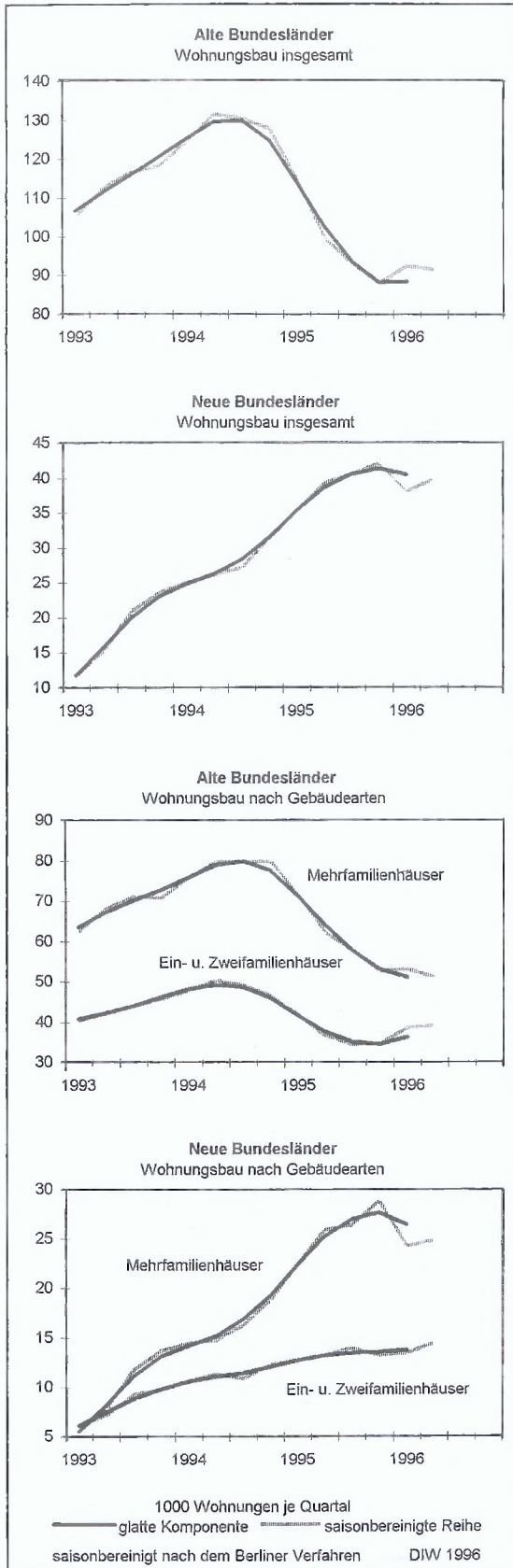
Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen und Produzentengruppen  
Neue Bundesländer

Jahr	Nach Baubereichen									Nach Produzentengruppen		
	Wohnungs- bau	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bauvo- lumen insges.	Bau- haupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Sonstige Bereiche
		Ins- gesamt	Hoch- bau	Tief- bau	Ins- gesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau				
von ostdeutschen Betrieben erbrachte Leistung in Mill. DM zu jeweiligen Preisen												
1991	15 740	18 840	15 120	3 720	14 320	6 070	3 530	4 720	48 900	23 520	14 810	10 570
1992	24 640	29 030	23 320	5 710	20 990	8 300	5 010	7 680	74 660	33 790	26 060	14 810
1993	35 760	38 100	30 520	7 580	24 500	9 300	5 580	9 620	98 360	42 700	36 570	19 090
1994	52 670	46 430	36 870	9 560	29 820	11 780	7 040	11 000	128 920	56 830	48 520	23 570
1995	64 670	49 800	39 570	10 230	31 100	12 970	6 880	11 250	145 570	62 670	57 220	25 680
Bauvolumen in den neuen Bundesländern*) in Mill. DM zu jeweiligen Preisen												
1991	17 510	21 300	16 710	4 590	16 790	6 750	4 360	5 680	55 600	27 420	16 410	11 770
1992	27 530	33 470	26 270	7 200	25 300	9 510	6 330	9 460	86 300	40 990	28 460	16 850
1993	39 060	43 310	33 960	9 350	29 480	10 650	7 070	11 760	111 850	51 600	38 720	21 530
1994	56 650	52 200	40 780	11 420	34 800	13 210	8 440	13 150	143 650	66 830	50 640	26 180
1995	68 560	55 110	43 290	11 820	35 150	14 280	7 970	12 900	158 820	71 510	59 260	28 050
Preisentwicklung (1991 = 100)												
1991	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	109,9	110,1	110,1	110,2	108,7	109,4	106,6	109,4	109,6	109,9	109,2	109,8
1993	118,2	116,4	116,6	115,8	113,0	116,0	107,6	113,8	116,1	114,6	116,2	119,7
1994	122,9	119,8	120,1	118,6	116,1	119,9	109,5	116,8	120,0	118,1	120,9	123,7
1995	126,7	122,7	123,3	120,6	118,1	123,5	110,0	117,7	123,3	120,6	125,1	126,7
in Mill. DM zu Preisen von 1991												
1991	17 510	21 300	16 710	4 590	16 790	6 750	4 360	5 680	55 600	27 420	16 410	11 770
1992	25 047	30 396	23 861	6 535	23 276	8 693	5 938	8 645	78 719	37 310	26 059	15 350
1993	33 032	37 202	29 128	8 075	26 083	9 180	6 570	10 333	96 317	45 026	33 310	17 981
1994	46 096	43 580	33 948	9 632	29 983	11 016	7 707	11 260	119 659	56 596	41 898	21 165
1995	54 109	44 926	35 122	9 804	29 771	11 566	7 248	10 957	128 806	59 310	47 365	22 132
Vierteljahresdaten zu Preisen von 1991												
'95 I	13 226	9 933	7 859	2 074	6 309	2 662	1 312	2 335	29 468	12 382	12 007	5 079
'95 II	13 831	11 908	9 377	2 531	7 897	3 032	1 970	2 895	33 637	15 821	12 151	5 664
'95 III	13 428	12 233	9 563	2 670	8 304	3 074	2 155	3 075	33 965	16 754	11 412	5 799
'95 IV	13 624	10 851	8 322	2 529	7 261	2 799	1 811	2 651	31 736	14 352	11 794	5 590
'96 I	12 313	8 152	6 638	1 514	4 554	2 369	689	1 496	25 019	8 455	11 762	4 802
'96 II	14 117	11 040	8 494	2 546	7 716	2 928	1 996	2 792	32 874	14 990	12 152	5 732
'96 III	14 271	11 353	8 676	2 677	8 114	2 980	2 176	2 957	33 738	16 129	11 747	5 862
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH												
1992	43,0	42,7	42,8	42,4	38,6	28,8	36,2	52,2	41,6	36,1	58,8	30,4
1993	31,9	22,4	22,1	23,6	12,1	5,6	10,6	19,5	22,4	20,7	27,8	17,1
1994	39,5	17,1	16,5	19,3	15,0	20,0	17,3	9,0	24,2	25,7	25,8	17,7
1995	17,4	3,1	3,5	1,8	-0,7	5,0	-6,0	-2,7	7,6	4,8	13,0	4,6
'96 I	-6,9	-17,9	-15,5	-27,0	-27,8	-11,0	-47,4	-36,0	-15,1	-31,7	-2,0	-5,4
'96 II	2,1	-7,3	-9,4	0,6	-2,3	-3,4	1,3	-3,6	-2,3	-5,3	0,0	1,2
'96 III	6,3	-7,2	-9,3	0,3	-2,3	-3,0	1,0	-3,8	-0,7	-3,7	2,9	1,1
'96 1.Hj.	-2,3	-12,1	-12,2	-11,8	-13,6	-7,0	-18,2	-18,0	-8,3	-16,9	-1,0	-1,9

\*) Leistung der Bauwirtschaft bereinigt um den Transfersaldo (nach Lage der Baustellen) zwischen alten und neuen Bundesländern.  
Quelle: Berechnungen des DIW.

Schaubild 1

Genehmigungen im Wohnungsbau



geringe — Nachfragebelebung verfestigt, doch deuten die Rahmenbedingungen nicht auf einen erneuten Einbruch hin.

In Ostdeutschland ist der Wohnungsbau noch durch die Förderung mit hohen Sonderabschreibungen geprägt, deren Senkung ab 1997 einen starken Fertigstellungsdruck zum Ende dieses Jahres erzeugt. Daher war zu erwarten, daß die Produktion kräftig steigt, die Nachfrage hingegen frühzeitig sinkt. Vor diesem Hintergrund überrascht die Entwicklung des Bauvolumens, dessen Anstieg geringer war als bisher vorausgeschätzt<sup>1</sup>. Wenn man im vierten Quartal normale Witterungsverhältnisse in Rechnung stellt, kann für das Jahresergebnis nur ein Zuwachs um 2,5 vH erwartet werden, im Vorjahr fiel er noch zweistellig aus.

Andererseits paßt nicht ins Bild, daß die Baugenehmigungen im ersten Halbjahr keineswegs abrisen. Eine Erklärung könnte darin liegen, daß es sich zum großen Teil um Bauvorhaben handelt, die bereits 1994/95 beantragt worden waren; ein Teil wird womöglich nicht zum Bau gelangen, weil die Banken bei der Finanzierung Vorsicht walten lassen und den Investoren die Risiken der Vermietung zunehmend bewußt werden. Einen Beleg in dieser Richtung liefert die Statistik zum Bauüberhang (genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen) am Jahresende 1995, derzufolge bei 40 vH (87 000) aller dort registrierten Wohnungen mit dem Bau noch gar nicht begonnen worden war. Zwar ist der steuerliche Termindruck für die Fertigstellungen insofern etwas gelockert, als Erwerber — bei Vorauszahlung der Anschaffungskosten im Jahre 1996 — die höhere Sonderabschreibung auch dann erlangen können, wenn eine Übergabe der Wohnungen durch den Bauträger erst 1997 erfolgt<sup>2</sup>, doch ist dadurch ein spürbarer Mengeneffekt für die Neubauproduktion im kommenden Jahr kaum zu erwarten. Eine Stütze der Bauaktivitäten wird neben dem Neubau die vermehrte private Sanierung mit steuerlicher Förderung bilden — jedoch wird dieser Zuwachs kompensiert durch gleichzeitig verringerte Ausgaben der Wohnungsunternehmen für die Instandsetzung<sup>3</sup>. Aus dieser Sicht ist im nächsten Jahr mit einer deutlich negativen Entwicklung zu rechnen (−6,5 vH).

<sup>1</sup> Vgl. Wohnungsbau 1996: Nachfragebelebung im Westen und Abschwung im Osten. Bearb.: B. Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/1996.

<sup>2</sup> Im Gesetzestext war die Formulierung eindeutig: „angeschafft und hergestellt“ bis Ende 1996. Diese Formulierung ist heute faktisch zu lesen als „hergestellt oder angeschafft“. In Gesprächen zwischen Lobby und Ministerialbürokratie ist auf Abschnitt 45 Abs. 5 der Einkommensteuer-Richtlinien hingewiesen worden, der die Frage angemessener Vorauszahlungen betrifft. Demnach kann eine Anzahlung in voller Höhe der erwarteten Kosten als angemessen eingestuft werden, wenn das Objekt im Folgejahr fertiggestellt wird.

<sup>3</sup> Die kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in den neuen Bundesländern werden aufgrund des einsetzenden Kapitaldienstes für die Altkredite ihre Investitionen reduzieren, vgl.: „Wohnungswirtschaft beklagt Geldmangel“, in: Handelsblatt vom 28.10.1996.

Faßt man das Wohnungsbauvolumen in Ost- und Westdeutschland zusammen, ergibt sich für dieses Jahr ein Rückgang von 2 vH; für 1997 ist nochmals ein Minus von 0,5 vH zu erwarten.

Wirtschaftsbau

Die Bauleistung im Wirtschaftsbau verlief in diesem Jahr in den alten und neuen Bundesländern nahezu parallel, bei etwas größerer Abschwächung im Ostteil des Landes. Nach dem Produktionsausfall in den Wintermonaten trat auch in den beiden folgenden Quartalen keine deutliche Erholung ein. Übers Jahr gesehen muß — selbst bei günstigem Verlauf im 2. Halbjahr — mit einer Minusrate von 5 ½ vH gerechnet werden (Westdeutschland —4½ vH, Ostdeutschland —7½ vH). In den neuen Bundesländern kam der Wirtschaftsbau 1995 noch auf ein Plus von 3 vH.

Ungünstig war vor allem die Entwicklung im Hochbau; der Tiefbau hingegen wirkte — besonders in Ostdeutschland — stabilisierend. Er profitierte vor allem von Aufträgen aus den Bereichen der Energiewirtschaft (Kraftwerke, Ausbau der Leitungsnetze für die Energieverteilung), der Chemie und der Mineralölwirtschaft.

Im Hochbau war die Baunachfrage, gemessen an den Genehmigungen für Nichtwohngebäude, rückläufig; für eine baldige Erholung gibt es wenig Anzeichen (vgl. Schaubild 2). Der vorübergehende Anstieg um die Jahreswende 1995/96 in den alten Bundesländern kann jedenfalls nicht als Tendenzwende interpretiert werden. Hauptursache für die derzeitige Nachfrageschwäche sind Überkapazitäten im Bereich der zur Vermietung bestimmten Immobilien. In den Vorjahren wurde, vor allem von steuerlich motivierten Kapitalanlegern, zu viel gebaut. So stehen in den Großstädten West- und Ostdeutschlands Millionen Quadratmeter an Büroflächen leer; ähnlich verhält es sich mit den zur Vermietung angebotenen Handels- und Nutzflächen in Gewerbeparks, die vor allem in Ostdeutschland in zu großer Zahl geplant worden waren.

Die Genehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude sind in Westdeutschland schon seit 1992 in der Tendenz rückläufig; in Ostdeutschland war bis Mitte 1995 noch ein nennenswerter Anstieg zu verzeichnen, seitdem gehen sie stark zurück. Bei Handels- und Lagergebäuden waren sie in Westdeutschland bis zum Herbst des vergangenen Jahres deutlich aufwärts gerichtet, seitdem zeigt sich auch dort ein starker Rückgang. In Ostdeutschland erwiesen sich die Genehmigungen in diesem Bereich hingegen in beiden Jahren als relativ stabil. Allerdings ist fraglich, ob die beantragten Projekte in dieser Höhe noch realisiert werden. Der Auftragseingang für den gesamten Hochbau in den neuen Ländern tendierte jedenfalls im bisherigen Jahresverlauf deutlich abwärts. Während auf die Bereiche Handel, Verkehr und Dienstleistungen rund 70 vH der gesamten Bauleistungen im Wirtschaftsbau entfallen, repräsentiert das produzierende Gewerbe nur knapp ein Drittel. Hier können die Genehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude als Nachfrageindikator dienen. In die-

Schaubild 2

Genehmigungen im Nichtwohnbau

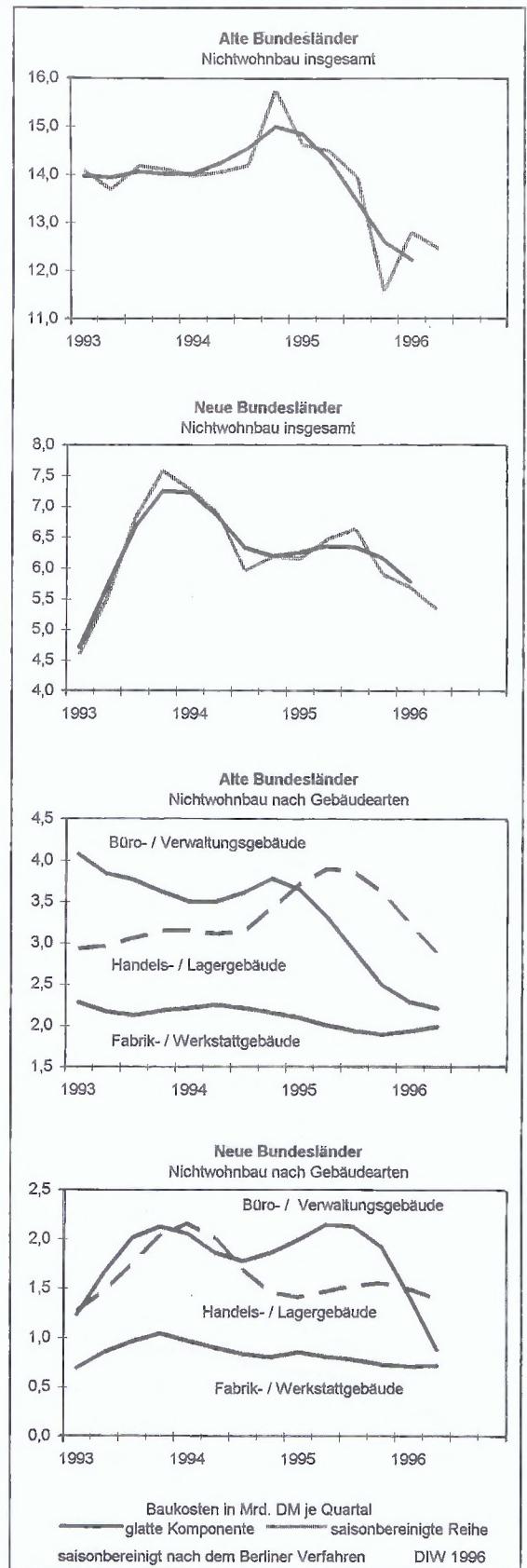


Schaubild 3

**Auftragseingang Bauhauptgewerbe  
Alte Bundesländer**

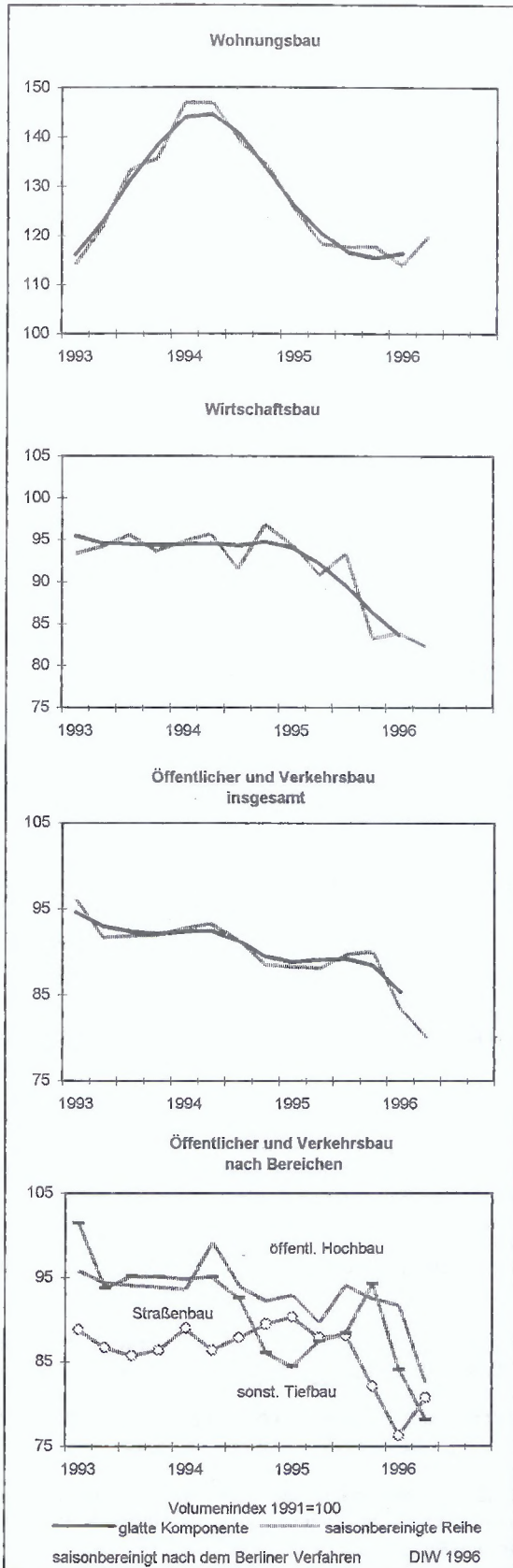


Schaubild 4

**Auftragseingang Bauhauptgewerbe  
Neue Bundesländer**

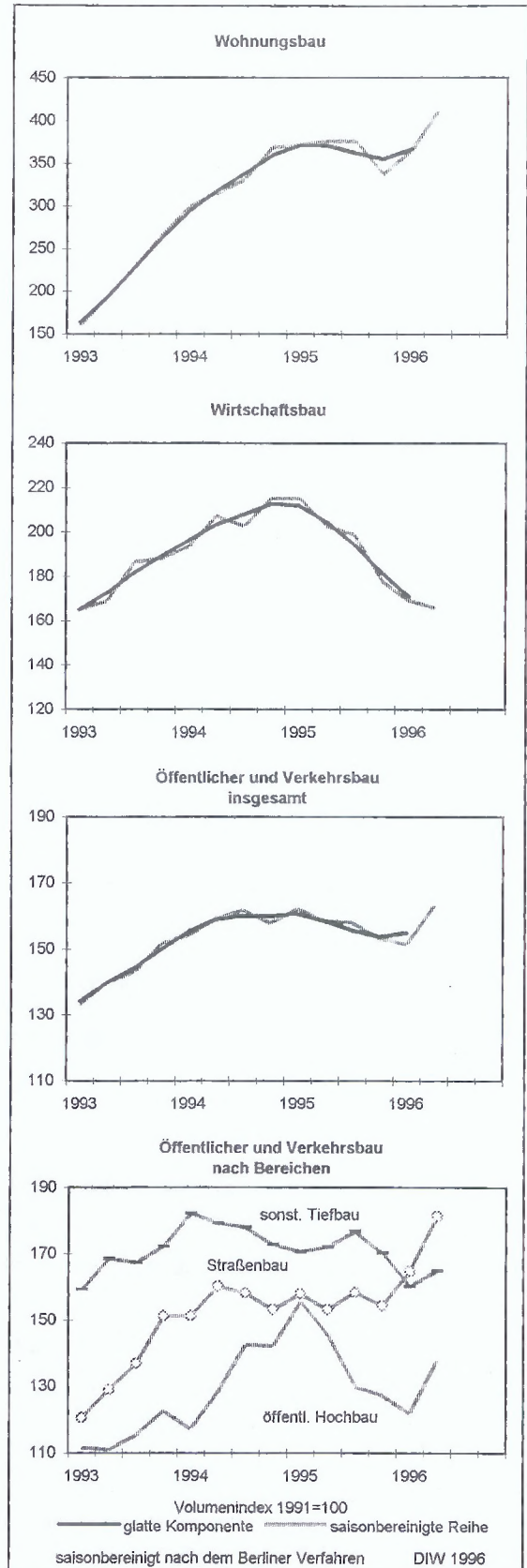


Tabelle 3

Entwicklung des Bauvolumens in Deutschland

	Prognose							Prognose					
	1993	1994	1995	1996		1996	1997	1994	1995	1996		1996	1997
				1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.			
	in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen							Veränderung in vH					
Bauvolumen insgesamt <sup>1)</sup>	516,42	571,55	589,44	264,7	302,6	567,3	562,8	10,7	3,1	-6,9	-0,8	-3,8	-0,8
davon:													
Alte Bundesländer	404,57	427,90	430,62	192,8	220,8	413,5	415,2	5,8	0,6	-6,7	-1,5	-4,0	0,4
Neue Bundesländer	111,85	143,65	158,82	71,9	81,8	153,7	147,6	28,4	10,6	-7,5	0,9	-3,2	-4,0
	Indizes 1991 = 100												
Preisentwicklung	110,86	113,60	116,40	116,9	116,4	116,6	116,5	2,5	2,5	0,6	-0,2	0,2	-0,1
Alte Bundesländer	109,48	111,59	114,05	114,4	114,1	114,2	114,2	1,9	2,2	0,6	-0,2	0,2	0,0
Neue Bundesländer	116,13	120,05	123,30	124,2	123,0	123,6	123,4	3,4	2,7	0,8	-0,3	0,2	-0,1
	in Mrd. DM zu Preisen von 1991							Veränderung in vH					
Bauvolumen insgesamt <sup>1)</sup>	465,84	503,12	506,39	226,4	260,0	486,4	483,0	8,0	0,7	-7,5	-0,6	-4,0	-0,7
davon:													
Alte Bundesländer	369,53	383,46	377,58	168,5	193,4	362,0	363,5	3,8	-1,5	-7,2	-1,3	-4,1	0,4
Neue Bundesländer	96,32	119,66	128,81	57,9	66,5	124,4	119,6	24,2	7,6	-8,3	1,3	-3,4	-3,9
<i>Nach Baubereichen:</i>													
Wohnungsbau	228,42	259,02	264,96	123,6	136,0	259,6	258,0	13,4	2,3	-5,1	1,0	-2,0	-0,6
Alte Bundesländer	195,39	212,92	210,85	97,1	107,1	204,2	206,2	9,0	-1,0	-5,9	-0,5	-3,2	1,0
Neue Bundesländer	33,03	46,10	54,11	26,4	29,0	55,4	51,8	39,5	17,4	-2,3	7,1	2,4	-6,5
Wirtschaftsbau	138,94	143,49	143,76	62,3	73,7	136,0	137,0	3,3	0,2	-9,4	-1,8	-5,4	0,7
Alte Bundesländer	101,74	99,91	98,84	43,1	51,3	94,5	95,9	-1,8	-1,1	-8,1	-1,1	-4,4	1,5
Neue Bundesländer	37,20	43,58	44,93	19,2	22,3	41,5	41,1	17,1	3,1	-12,1	-3,3	-7,6	-1,0
Öffentlicher und Verkehrsbau	98,48	100,61	97,67	40,6	50,3	90,8	88,0	2,2	-2,9	-11,4	-3,2	-7,0	-3,1
Alte Bundesländer	72,40	70,63	67,90	28,3	35,0	63,3	61,4	-2,4	-3,9	-10,4	-3,6	-6,7	-3,1
Neue Bundesländer	26,08	29,98	29,77	12,3	15,2	27,5	26,6	15,0	-0,7	-13,6	-2,2	-7,6	-3,1
darunter: Bahn und Post <sup>2)</sup>	13,65	12,29	11,86	5,4	6,4	11,8	11,9	-9,9	-3,5	-3,0	1,0	-0,9	1,3
Alte Bundesländer	10,03	8,95	8,17	3,7	4,4	8,2	8,3	-10,8	-8,7	-2,1	1,9	0,0	1,0
Neue Bundesländer	3,62	3,34	3,69	1,7	1,9	3,6	3,7	-7,7	10,5	-5,1	-1,0	-2,9	2,0
<i>Nach Produzentengruppen:</i>													
Alte Bundesländer													
Bauhauptgewerbe	154,26	160,65	155,33	63,4	77,1	140,5	141,5	4,1	-3,3	-15,7	-3,9	-9,6	0,7
Hochbau	105,30	111,63	108,31	44,7	52,6	97,3	99,5	6,0	-3,0	-16,7	-3,8	-10,2	2,3
Tiefbau	48,96	49,03	47,02	18,7	24,4	43,2	42,0	0,1	-4,1	-13,1	-4,0	-8,2	-2,7
Ausbaugewerbe	111,18	114,00	114,03	55,1	61,1	116,2	116,2	2,5	0,0	0,3	3,3	1,9	0,0
Übrige Bereiche <sup>3)</sup>	104,08	108,80	108,23	50,0	55,3	105,3	105,8	4,5	-0,5	-3,0	-2,4	-2,7	0,4
Neue Bundesländer													
Bauhauptgewerbe	45,03	56,60	59,31	23,4	31,6	55,0	52,7	25,7	4,8	-16,9	1,6	-7,2	-4,3
Hochbau	26,06	34,58	37,92	15,4	20,1	35,5	33,4	32,7	9,7	-15,2	1,8	-6,4	-6,1
Tiefbau	18,97	22,02	21,39	8,0	11,5	19,5	19,4	16,1	-2,9	-19,9	1,3	-8,6	-1,0
Ausbaugewerbe	33,31	41,90	47,36	23,9	23,6	47,5	46,5	25,8	13,0	-1,0	1,5	0,2	-2,0
Übrige Bereiche <sup>3)</sup>	17,98	21,17	22,13	10,5	11,4	21,9	20,3	17,7	4,6	-1,9	-0,3	-1,1	-7,2

<sup>1)</sup> Nach Lage der Baustellen in den alten und neuen Ländern. — <sup>2)</sup> In den Summen öffentlicher und Verkehrsbau enthalten. —

<sup>3)</sup> Verarbeitendes Gewerbe (Ausbau und Montagebau), baubezogene Dienstleistungen, Außenanlagen, selbsterstellte Anlagen.

Quelle: Berechnungen des DIW, gestützt auf die amtlichen Statistiken zum Baugewerbe.

sem Bereich war die Tendenz sowohl in Westdeutschland wie in Ostdeutschland seit 1994 leicht rückläufig. Immerhin zeichnet sich seit Beginn dieses Jahres für Westdeutschland wieder ein leichter Anstieg ab.

Bei der Schätzung für 1997 ist angenommen worden, daß die Investitionen von Unternehmen auf eigene Rechnung und für eigene Produktionszwecke — im wesentlichen also die Nachfrage des produzierenden Gewerbes und der Energiewirtschaft — wieder zunehmen werden. Die vermietende Immobilienwirtschaft setzt eine gewisse Hoffnung darauf, daß bei zunehmender konjunktureller Belebung der gesamten Wirtschaft auch der Dienstleistungssektor wieder stärker expandieren wird, so daß das große Angebot an Büroflächen Abnehmer findet. Dann könnten auch die überwiegend privat finanzierten Investitionen in diesem Bereich wieder in Gang kommen. Für Westdeutschland sind die Chancen in dieser Hinsicht etwas günstiger zu beurteilen als für Ostdeutschland. Insgesamt ist im Wirtschaftsbau jedoch nur ein marginaler Zuwachs gegenüber dem Vorjahresniveau wahrscheinlich.

### Öffentlicher und Verkehrsbau

Die Abgrenzung dieses Bereichs im Rahmen der Bauvolumensrechnung folgt dem bisher auch den Fachstatistiken zugrunde liegenden Konzept: Dabei sind neben den Gebietskörperschaften auch Bundesbahn und Bundespost als öffentliche Auftraggeber einbezogen<sup>4</sup>. In Tabelle 3 ist das Bauvolumen für Bahn und Post als Unterposition des Öffentlichen und Verkehrsbaus ausgewiesen; im Zuge der Neuabgrenzung wird demnächst eine Umgruppierung zum Wirtschaftsbau erfolgen.

Die Bauleistungen für öffentliche Auftraggeber sind in Westdeutschland bereits seit Jahren rückläufig. 1996 setzte sich dieser Trend beschleunigt fort. In Ostdeutschland war — nach zuvor hohen Zuwachsraten — 1995 erstmals ein leichtes Minus zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund des hohen Zuwachses, den die Bauten für Bahn und Post im gleichen Jahr aufwiesen, wird erst deutlich, daß schon zu dieser Zeit eine Zäsur bei den Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften eingetreten war. Für das laufende Jahr zeichnet sich ein schärferer Rückgang ab. Allerdings ist die Datenlage recht unsicher und für diesen Bereich auch in gewissem Maße widersprüchlich: So zeigt

der saisonbereinigte Auftragseingang für den öffentlichen Hochbau und den Straßenbau eine Aufwärtstendenz; bei den geleisteten Arbeitsstunden schlägt sich dies jedoch nur beim Straßenbau nieder, im öffentlichen Hochbau gingen sie auch nach dem Winterquartal weiter zurück. Am kräftigsten war der Rückgang beim sonstigen öffentlichen Tiefbau, der vor allem kommunale Aufgabenfelder wie Stadtentwässerung, Wassergewinnung u.ä., daneben Bauten für Bahn und Post umfaßt. Für letztere Auftraggeber verliefen die Bauleistungen jedoch stetiger, so daß der Einbruch allein den kommunalen Bereich betreffen dürfte.

In der Schätzung für 1997 ist angenommen worden, daß eine weitere Schrumpfung der Infrastrukturinvestitionen nicht das Ausmaß haben wird, wie es sich für dieses Jahr abzeichnet (Westdeutschland —6,7 vH, Ostdeutschland —7,6 vH). Angesichts der prekären Finanzlage der Gebietskörperschaften werden Kürzungen der Investitionsetats aber nicht ausbleiben. Hier ist ein Rückgang um etwa 3 vH gleichermaßen für West- und Ostdeutschland veranschlagt worden.

### Reales Bauvolumen insgesamt

In diesem Jahr muß für die gesamte Bauleistung in Deutschland mit einer Abnahme um 4 vH gerechnet werden. In den neuen Bundesländern (—3,4 vH) trägt der Wohnungsbau noch dazu bei, daß die Abschwächung etwas mäßiger ausfällt. Jedoch wird diese bisherige Stütze der Baukonjunktur Ost ab 1997 nicht mehr tragen. Im Gegenteil: Die Konsolidierung im Wohnungsbau dürfte die Baukrise verstärken. Ein Gegensteuern über den öffentlichen Bau kommt als Strategie nicht in Betracht. Die Hoffnungen konzentrieren sich somit auf den Wirtschaftsbau, doch ist hier eine nachhaltige Belebung derzeit noch nicht in Sicht. In *Westdeutschland* lahmt die Baukonjunktur ebenfalls wegen leerer öffentlicher Kassen und der noch nicht überwundenen Flaute in der Wirtschaft. Hier ist es allenfalls der Wohnungssektor, der schon durch sein Gewicht für neuen Schwung am Bau sorgen könnte.

<sup>4</sup> Im Zuge der statistischen Neuabgrenzung werden beide Unternehmen ab 1996 im Bereich Wirtschaftsbau erfaßt. Damit ist künftig auch eine bessere Vergleichbarkeit zu den Bauinvestitionen des Staates im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gegeben.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. (3-428-07897-7). DM 96,— / öS 701,— / sFr 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Kregel. 124 S. 1994. (3-428-07993-0). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. (3-428-07992-2). DM 114,— / öS 832,— / sFr 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3-428-08001-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1.007,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 861,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1037,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Kurt Geppert und Jochen Schmidt.

*Kurskorrektur auf dem Weg nach Maastricht erforderlich.* Bearbeitet von Gustav A. Horn und Rudolf Zwiener. —  
*Bauwirtschaft 1996/1997: Deutlicher Produktionsrückgang — wenig Aussicht auf Nachfragebelebung.* Bearbeitet von Bernd Bartholmai.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

## DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1)</sup>

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) <sup>2)</sup>														
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter- produzenten					
	Insgesamt		Inland		Ausland														
	in 1000				1991 = 100														
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1994 J	3743		268		91,3		88,3		96,2		95,3		88,3		81,2		88,4		
F	3766	3760	272	270	92,8	93,0	89,9	89,7	97,6	98,7	96,0	96,5	90,2	90,3	84,8	85,2	88,5		92,9
M	3773		271		95,0		91,0		102,3		98,1		92,4		89,7		101,8		
A	3768		270		95,0		91,4		101,7		98,4		93,4		86,4		95,8		
M	3762	3753	270	271	94,0	95,1	90,5	91,4	100,4	102,1	99,4	99,3	90,3	92,9	83,5	85,6	91,4		92,9
J	3732		274		96,4		92,4		104,2		100,2		95,1		86,9		91,6		
J	3707		282		95,5		91,6		102,6		99,8		93,0		86,0		88,2		
A	3685	3679	291	292	94,0	95,8	92,8	92,3	102,8	104,2	100,8	101,1	94,4	94,3	85,8	85,9	90,1		92,1
S	3647		305		98,0		92,6		107,2		102,6		95,6		85,8		97,9		
O	3612		317		99,3		94,8		107,5		103,9		98,3		85,7		95,6		
N	3589	3591	318	317	99,3	99,8	94,3	95,2	108,7	108,4	104,4	104,5	97,5	98,7	86,8	86,4	95,5		94,2
D	3576		319		100,9		96,5		109,0		105,3		100,4		86,6		91,6		
1995 J	3550		320		98,3		93,7		107,1		101,9		98,3		85,7		94,0		
F	3515	3526	323	322	99,1	98,3	94,9	94,2	107,1	106,3	102,9	102,2	98,8	98,4	86,0	84,7	94,6		94,0
M	3515		326		97,6		94,0		104,8		101,7		98,2		82,3		93,4		
A	3553		327		96,9		93,3		104,1		100,5		96,8		84,1		94,7		
M	3560	3569	329	326	98,1	96,9	94,6	93,1	105,2	104,6	99,4	99,4	101,3	98,2	85,8	84,5	94,6		94,8
J	3596		325		95,7		91,4		104,6		98,4		96,6		83,5		95,1		
J	3613		326		96,9		93,0		105,2		98,2		100,5		83,7		94,8		
A	3641	3644	323	322	95,4	96,1	91,2	92,1	104,5	104,6	97,2	97,1	98,1	99,7	82,8	83,8	94,5		94,9
S	3679		317		95,9		92,2		104,0		95,9		100,6		84,8		95,4		
O	3705		314		93,6		89,3		102,1		94,6		94,9		84,5		94,4		
N	3750	3752	314	314	94,4	93,3	90,9	89,1	101,3	101,6	93,4	93,4	99,3	96,2	84,5	84,2	93,7		93,5
D	3801		317		91,9		87,1		101,3		92,1		94,3		83,6		92,3		
1996 J	3852		324		95,3		90,5		104,7		95,5		98,4		85,7		93,5		
F	3934	3916	325	327	93,1	94,4	87,3	89,0	104,5	105,3	92,8	94,1	97,2	98,3	83,3	85,2	91,1		92,8
M	3964		332		94,9		89,1		106,6		93,9		99,4		86,5		93,8		
A	3920		334		96,5		90,5		108,6		96,5		100,7		86,9		93,0		
M	3930	3928	332	333	95,3	96,4	88,1	90,4	109,7	108,6	97,2	97,2	95,9	99,3	87,1	87,0	93,4		93,3
J	3936		335		97,4		92,5		107,5		97,8		101,3		87,0		93,5		
J	3953		327		96,5		89,3		110,8		98,8		97,4		87,5		91,6		
A	3981	3981	325	326	97,3	96,4	90,1	89,1	112,7	111,3	99,8	99,4	98,5	96,6	89,9	87,6	92,0		92,2
S	4012		326		95,3		87,9		110,5		99,5		94,0		85,4		93,0		
O	4043		325																
N																			
D																			

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Werden bei besonders günstiger Lage der Feiertage in einem Dezember gehäuft Urlaubstage o.ä. genommen, so kann dies das Saisonbereinigungsverfahren wegen der Unregelmäßigkeit des Auftretens nicht als Saisonkomponente erkennen, sondern weist diesen „Verlust“ als konjunkturelles Phänomen aus. Die Ergebnisse für Dezember und Januar müssen deshalb allgemein — und insbesondere für die Jahreswende 95/96 — im Zusammenhang gesehen werden.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion <sup>2)</sup>										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) <sup>2)</sup>				
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr		
	in 1000		1991 = 100										1994 = 100		Mrd. DM				
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1994	J	7215		91,2		84,5		87,2		94,7		126,1		99,8		54,7		49,4	
	F	7171	7173	91,9	91,7	86,6	85,5	88,6	88,6	94,7	94,8	116,4	122,6	100,7	101,1	53,8	164,7	48,7	148,7
	M	7136		92,1		85,3		89,9		95,1		125,4		102,8		56,2		50,7	
	A	7101		92,7		87,3		91,2		93,9		123,0		97,9		56,7		50,0	
	M	7069	7069	92,6	93,0	86,3	87,0	89,3	90,9	94,2	94,2	123,3	124,0	99,9	99,3	57,9	172,4	52,1	153,0
	J	7038		93,6		87,5		92,1		94,4		125,7		100,1		57,8		50,9	
	J	7012		94,3		88,4		92,0		95,1		123,8		98,8		57,7		52,1	
	A	6991	6989	93,8	94,3	87,6	88,2	88,1	90,3	95,0	94,8	125,1	125,0	100,3	99,9	59,2	175,9	52,1	156,5
	S	6964		94,7		88,6		90,9		94,3		126,1		100,6		58,1		52,3	
	O	6946		95,7		89,9		90,2		95,9		125,1		100,3		59,0		53,1	
	N	6925	6925	96,1	96,4	89,4	89,6	90,5	91,1	96,5	96,3	129,4	128,8	99,5	100,5	59,4	179,0	53,3	161,9
	D	6905		97,4		89,4		92,6		96,4		131,9		101,7		60,7		55,4	
1995	J	6862		96,1		90,5		89,2		97,5		122,5		101,1		60,9		52,9	
	F	6853	6851	96,9	96,6	91,4	91,6	86,9	87,4	97,6	97,3	138,8	129,6	100,9	100,7	61,7	183,6	55,5	163,4
	M	6840		96,8		93,0		86,1		96,9		127,5		100,2		61,0		55,0	
	A	6824		96,6		91,0		84,6		97,6		125,5		101,3		61,2		55,0	
	M	6810	6809	97,1	96,7	93,0	92,2	86,8	85,2	97,4	97,3	126,9	125,4	103,2	102,2	61,2	185,4	54,2	165,8
	J	6794		96,3		92,7		84,2		96,8		123,9		102,0		63,0		56,6	
	J	6781		95,9		92,9		83,0		96,8		124,1		100,3		62,6		55,2	
	A	6759	6760	95,5	95,8	92,9	93,2	84,0	83,3	96,8	96,8	123,7	122,7	101,7	100,8	61,2	188,1	54,7	166,3
	S	6741		95,9		93,7		82,8		96,7		120,2		100,5		64,4		56,4	
	O	6718		95,1		93,1		82,7		96,0		121,4		99,9		63,5		56,2	
	N	6698	6696	95,3	94,6	95,3	94,5	83,0	81,4	95,5	95,5	119,5	117,4	101,2	99,7	63,8	189,7	55,4	166,3
	D	6673		93,3		95,2		78,6		94,9		111,3		98,1		62,4		54,6	
1996	J	6688		95,7		95,9		84,7		94,7		112,8		101,6		63,2		58,3	
	F	6653	6652	94,1	94,7	93,5	94,1	85,8	84,8	95,2	95,2	95,0	104,6	102,2	101,0	62,6	189,1	54,4	168,5
	M	6616		94,4		92,8		84,0		95,7		106,0		99,1		63,2		55,7	
	A	6588		95,0		95,3		84,8		96,4		113,9		102,6		64,0		56,6	
	M	6556	6555	95,0	95,2	93,7	94,5	83,3	84,1	97,0	96,7	112,5	113,0	100,0	100,5	63,4	189,4	55,8	168,6
	J	6524		95,7		94,6		84,3		96,7		112,6		98,8		61,9		56,3	
	J	6495		96,3		94,8		87,9		96,0		116,2		102,8					
	A	6466		96,7	96,1	94,4	94,1	87,8	86,8	95,7	95,9	112,0	114,4						
	S			95,4		93,0		84,6		96,1		115,0							
	O																		
	N																		
	D																		

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Werden bei besonders günstiger Lage der Feiertage in einem Dezember gehäuft Urlaubstage o.ä. genommen, so kann dies das Saisonbereinigungsverfahren wegen der Unregelmäßigkeit des Auftretens nicht als Saisonkomponente erkennen, sondern weist diesen „Verlust“ als konjunkturelles Phänomen aus. Die Ergebnisse für Dezember und Januar müssen deshalb allgemein — und insbesondere für die Jahreswende 95/96 — im Zusammenhang gesehen werden.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.